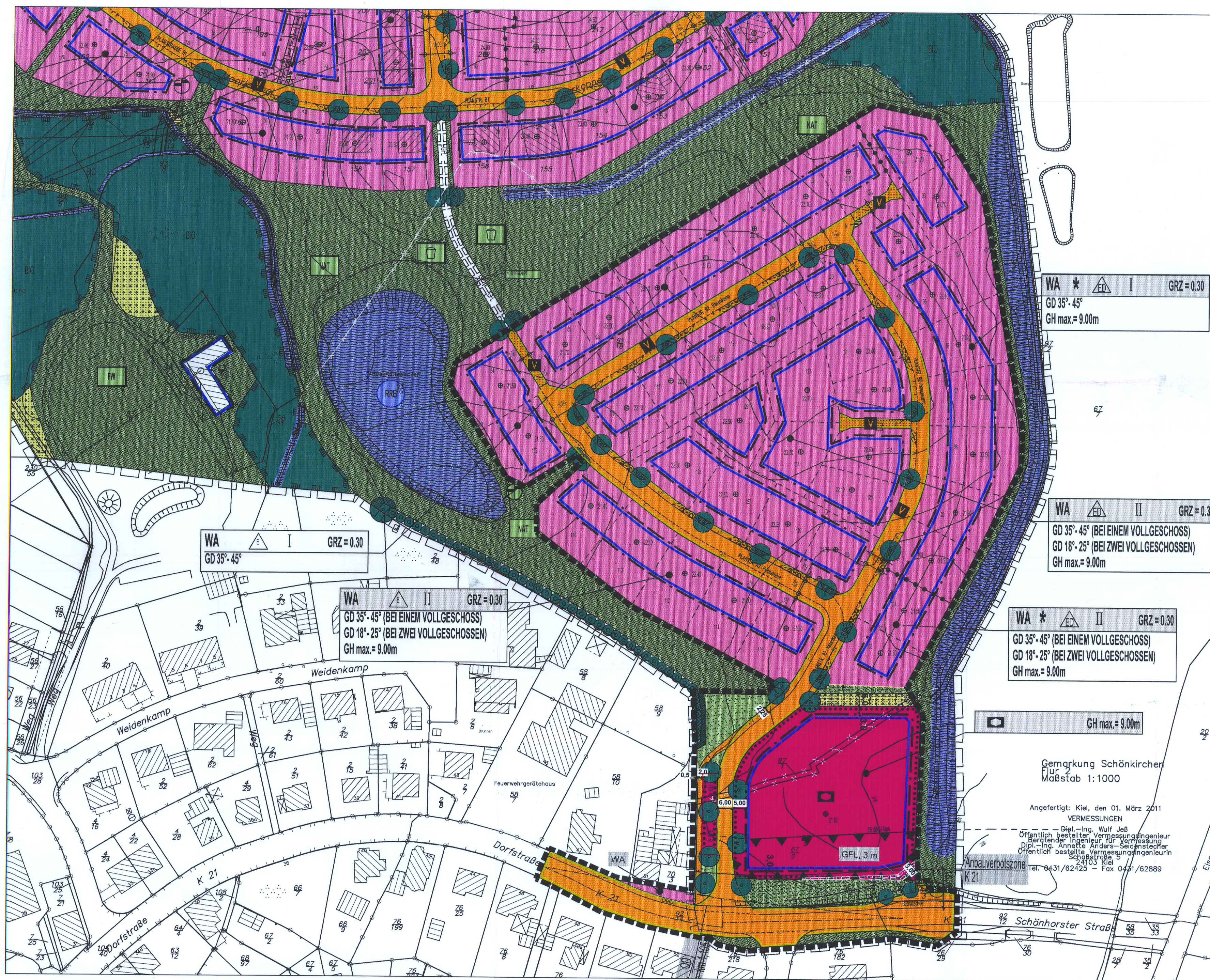


Satzung der Gemeinde Schönkirchen, Kreis Plön, über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Rinkenberg - Ost" für das Gebiet der Straßen Fuchskuhle und Hasenkamp sowie für einen Teilbereich der Dorfstraße

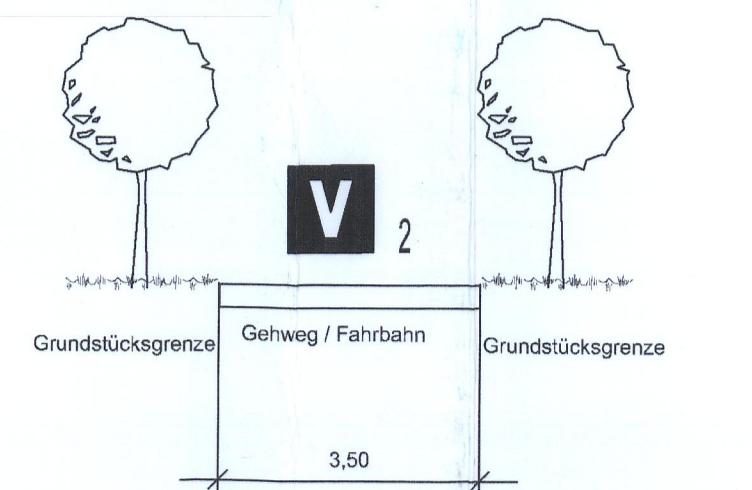
Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 84 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO) und des §18 Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung der Gemeinde Schönkirchen über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Rinkenberg-Ost" für das Gebiet der Straßen Fuchskuhle und Hasenkamp sowie für einen Teilbereich der Dorfstraße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) 1990!

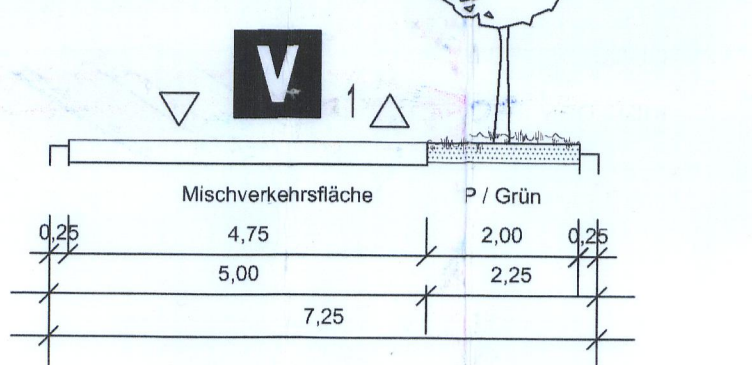
Teil A: Planzeichnung - M = 1:1.000



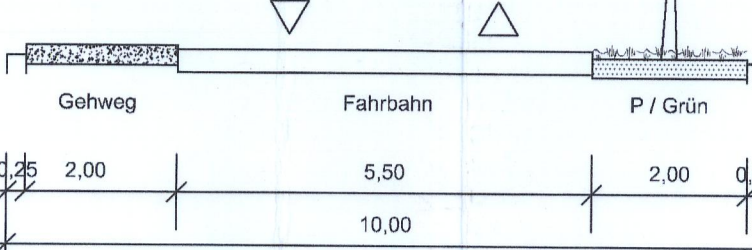
Straßenregelquerschnitte (Darstellungen ohne Normcharakter) ohne Maßstab



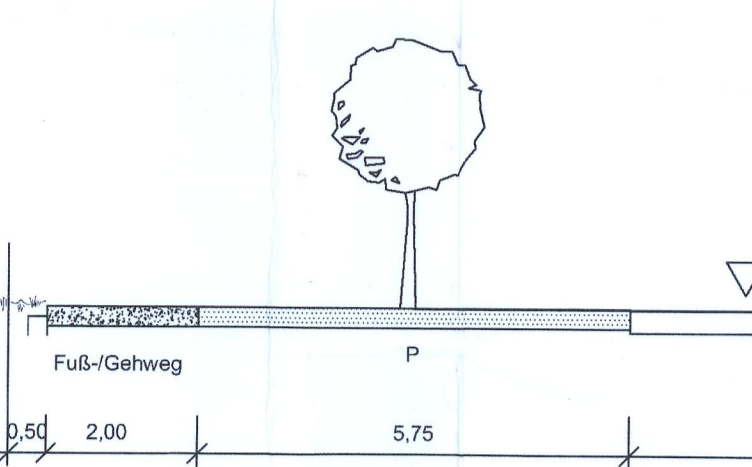
Schnitt Wohnwege



Schnitt Planstraße B2 - Hasenkamp



Schnitt Planstraße A2 - Fuchskuhle



Schnitt Planstraße A2 - Hasenkamp

Planzeichenerklärung

Planzeichenerklärung 1990 - PlanV 90

1. Festsetzungen (§9 BauGB und BauNVO)

Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 4 BauNVO)

WA Allgemeines Wohngebiet

Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 5 BauNVO)

0,3 Grundflächenzahl GRZ

II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

max = 9,0 maximal zulässige Gebäudehöhe GH

Bauweisen, Baugrenzen, Stellung der Gebäude

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 20 und 22 BauNVO)

nur Einzelhäuser zulässig

nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Baugrenze

Festgesetzte Flurstücksgrenze wie dargestellt

(Rechtsgrundlage § 84(1) LBO i. Verb. mit § 9(1) Nr. 2 BauGB)

Gebäudegestaltung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 5 BauGB)

geeignetes Dach, mit einer zulässigen

Dachneigung von 35°-45° bei einer

Bauweise des Hauptgebäudes mit

einem Vollgeschoss

geeignetes Dach, mit einer zulässigen

Dachneigung von 18°-25° bei einer

Bauweise des Hauptgebäudes mit

zwei Vollgeschossen

Flächen und Einrichtung für den Gemeinbedarf

(§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

Fläche für den Gemeinbedarf

Einrichtung für soziale Zwecke

'Kindertagesstätte'

sportl. Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

Verkehrsmittel

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie

Straßenverkehrsfläche

P öffentliche Parkplätze

F Fußweg

Grundstückzufahrt/-einfahrt

Flächen für Ver- und Entsorgung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)

Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen

Abwasser-Pumpstation

M Müllsammelplatz

Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)

Öffentliche Grünfläche

Zweckbestimmung:

NAT Naturnahe Grünfläche (mit Fußwegenetz)

FW Festwiese

K Kinderspielplatz

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den

Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

(§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und 15 BauGB)

Wasserfläche zur Regelung des Wasserabflusses, offene Gräben

zur Regelung des Regenwasserabflusses

Regenwasserentlastungsbecken

Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von

Boden, Natur und Landschaft

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 sowie Abs. 6 BauGB)

Umgestaltung von Flächen für die Anpflanzung von Bäumen,

Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Umgestaltung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen und

Sträuchern

Baum zu pflanzen / zu erhalten

Sonstige Planzeichen

Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

zu Gunsten der Gemeinde Schönkirchen, der Anlieger, der

Retungsfahrzeuge sowie der Ver- und Entsorgungsträger

Mit Leitungsrecht zu belastende Flächen zugunsten der Gemeinde

Schönkirchen und der Ver- und Entsorgungsträger

Umgestaltung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für

Vorkerkungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen

im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Fläche, die von jeglichen baulichen Anlagen freizuhalten ist.

Nutzung: Schutzstreifen

Flächen für Stellplätze 'Kindertagesstätte'

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

St. KiTa

2. Nachrichtliche Übernahmen (§9 Abs.6 BauGB)

Knick mit Überhaltern (§2(1) LNatSchG)
Umgestaltung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne
des Naturschutzes - Biotopflächen -
(§ 9(6) BauGB) i. V. m. § 30 BNatSchG
Kleingewässer, zu erhalten (§ 9(6) BauGB i. V. m. § 30(2) BNatSchG)

3. Darstellungen ohne Normcharakter

Flurstücksgrenze, vorhanden
Flurstücksgrenze, künftig fortfallend
Flurstücksgrenze, geplant
Baugebietseindeichnung (siehe Ziff. 6 Teil B - Text-)
Grundstücksummerierung
Böschung, vorhanden
Höhenlinie
Bebauung, vorhanden
Schildeck
Fußwegenetz in der öffentlichen Grünfläche

Darstellung der 49dB(A)/45 dB(A) bzw. 55dB(A) Isoptone

(s. schalltechnische Untersuchung)

Darstellung der Schallschutzmassenname

(Schallschutzwand) (s. schalltechnische Untersuchung)

Darstellung der Ortsdurchfahrtsgrünze

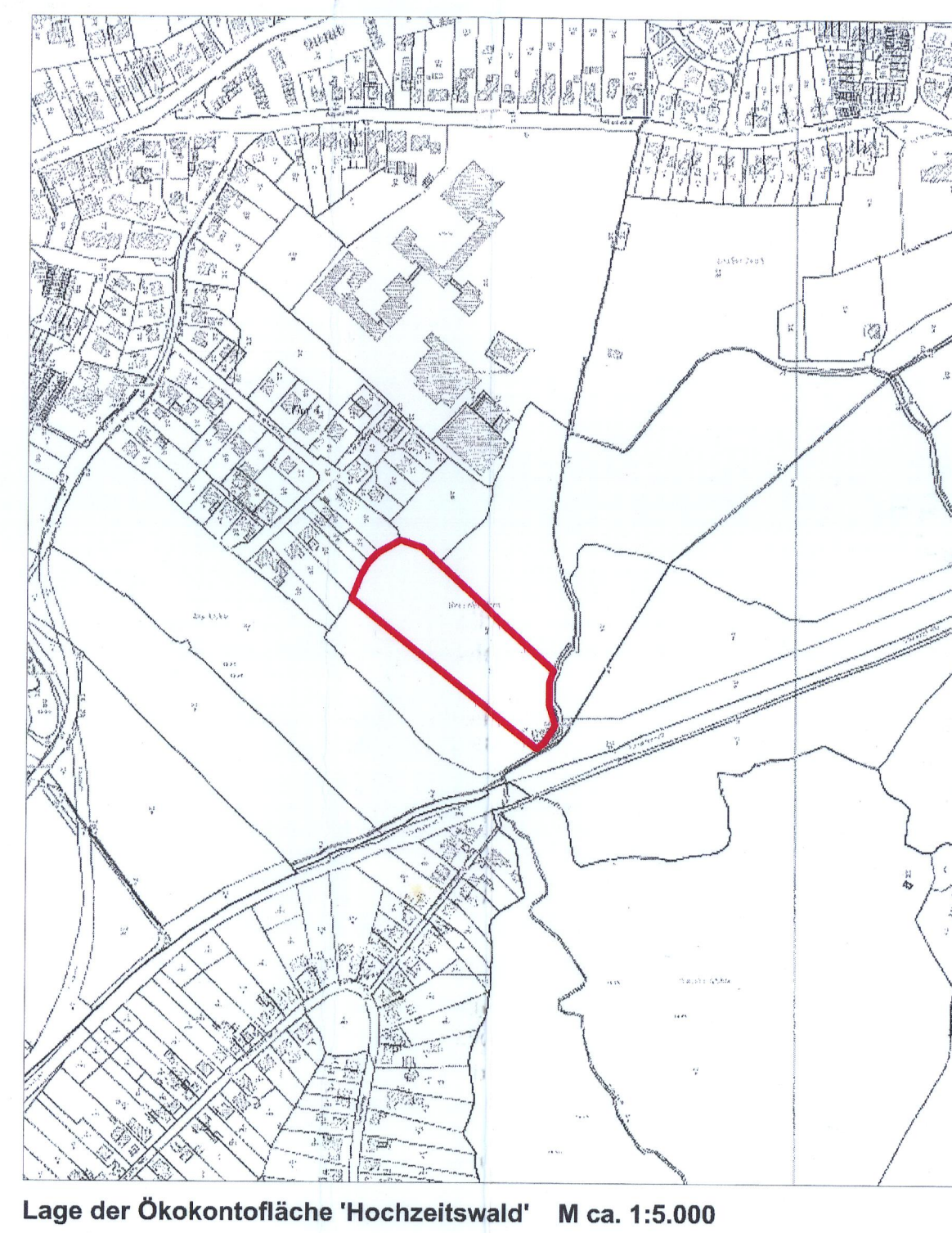
Maßstab 1:100

Anbauverbotzone K 21

Rechtsgrundlage: BauNVO i. d. V. v. 23.01.1990

zur frühzeitigen Beteiligung der Träger und Bürger §§ 3(1) und 4(1) BauGB

zur öffentlichen Auslegung § 4(2) BauGB



Lage der Ökotoptfläche 'Hochzeitswald' M ca. 1:5.000

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes wird durch graue Markierungen hervorgehoben.

zur frühzeitigen Beteiligung der Träger und Bürger §§ 3(1) und 4(1) BauGB

zur öffentlichen Auslegung § 4(2) BauGB

TEIL B: TEXT

ZUM BEBAUUNGSPLAN NR. 36 - 2. ÄNDERUNG DER GEMEINDE SCHÖNKIRCHEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 5 und 6 Nr. 1 u. § 4 BauNVO)

IN DEM ALLGEMEINEN WOHNGEBIET (WA) SIND GEMÄSS § 1 ABS. 6 NR. 1 BAU NVO DIE NACH § 4 ABS. 2

NR. 2 UND NR. 3 BAU NVO NICHT STÖRENDE HANDWERKSBEREICHE UND ANLAGEN FÜR SPORTLICHE

ZWECKE UND DIE NACH § 4 ABS. 3 NR. 1 BIS NR. 5 BAU NVO AUSNAHMSWEISE ZULÄSSIGEN NUTZUN-

GEN (BETRIEBE DES BEHEBERGUNGSGEWERBES, SONSTIGE NICHT STÖRENDE GEWERBEBETRIE-

ANLAGEN FÜR VERWALTUNGEN, GARTENBAUWERKE, TANZSTÄTTEN) NICHT ZULÄSSIG. DIE

NACH § 4 ABS. 2 NR. 2 BAU NVO DER VERSORUNG DES GEBIETES DIENENDEN LADEN, SCHANK- UND

SPESERWIRTSCHAFTEN SIND NUR AUSNAHMSWEISE ZULÄSSIG.

2. GRUNDSTÜCKSGRÖßEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

EINZELHÄUSER SIND NUR AUF GRUNDSTÜCKEN VON MINDESTENS 460 M² GROSSE ZULÄSSIG. DOP-

PELHAUSHALTEN SIND NUR AUF GRUNDSTÜCKEN VON MINDESTENS 250 M² ZULÄSSIG.

3. GARAGEN, STELLPLÄTZE, ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE SOWIE NEBENANLAGEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. m. § 12 und § 14 BauNVO)

PRO WOHNUNG IST EINE MINDESTENS 30 M² GROSSE STELLPLATZFLÄCHE AUF DEM JEWEILIGEN

GRUNDSTÜCK HERZUSTELLEN. FÜR DIE ZULÄSSIGE ZWEITE WOHNUNG (§ 3 ZIFF. 4) IST EINE WEITERE

MINDESTENS 15 M² GROSSE STELLPLATZFLÄCHE AUF DEM GRUNDSTÜCK HERZUSTELLEN.

4. HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

ES SIND MAXIMAL ZWEI (2) WOHNUNGEN PRO EINZELHAUS (E) ZULÄSSIG; PRO DOPPELHAUSHÄLTE

IST NUR EINE (1) WOHNUNG ZULÄSSIG. JE WOHNHEIT WIRD JEI EINZELHÄUSERN (E) EIN MIN-

DESTORUNDSTÜCKSANTEIL VON 300 QM BEI DOPPELHAUSERN EIN MINDESTGRUNDSTÜCKSANTEIL

VON 250 QM FESTGESETZT.

5. HÖHE BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 10 Abs. 1 BauNVO)

GEBÄUDEHÖHE:

DIE FESTGESETZTE MAXIMALE HÖHE BAULICHER ANLAGEN WIRD GEMESSEN VON DEM AUF DEM

GRUNDSTÜCK FESTGESETZTEN HÖHENBEZUGSPUNKT (B) MIT ANGABE DER HÖHE ÜBER N.N. BIS

ZUM HÖCHSTEN PUNKT DES DACHES EINSCHLIESSLICH DER GAUBEN UND DACHAUSBAUTEN; AUS-

GENOMMEN VON V.G. FESTSETZUNG SIND SCHORNSTEINE UND ANTENNENANLAGEN.

6. GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 84 LBO) IN DEM ALLGEMEINEN WOHNGEBIET (WA)

6.1 FASSADEN

MIT AUSNAHME DER MIT (*) GEKENNZEICHNETEN BEREICHE IST IM GESAMTEN GELTUNGSBEREICH

ALS FASSADENMATERIAL NUR SICHTMAUERWERK UND PUTZ ZULÄSSIG, WOBEI MAXIMAL 30 % DER

FASSADENFLÄCHE PRO GEBÄUDE AUCH IN ANDEREN MATERIALIEN ZULÄSSIG IST.

IN DEN MIT (*) GEKENNZEICHNETEN BEREICHEN IST ALS FASSADENMATERIAL NUR SICHTMAUER-

WERK IN DEN FARBEN ROT, ROTBRAUN ZULÄSSIG, WOBEI AUSSEER MATERIALIEN UND FARBEN BIS

ZU MAXIMAL 30 % DER GESAMTEN FASSADENFLÄCHE PRO GEBÄUDE ZULÄSSIG SIND.

6.2 DACHEINDECKUNGEN

DACHEINDECKUNGEN IN DEN MIT (*) GEKENNZEICHNETEN BEREICHEN:

ALS DACHEINDECKUNGEN SIND NUR DACHZIEGEL UND DACHSTEINE IN DEN FARBEN ANTHRACIT,

ROT UND ROTBRAUN ZULÄSSIG.

6.3 DACHGAUBEN:

DACHGAUBEN IN DEN MIT (*) GEKENNZEICHNETEN BEREICHEN:

DACHGAUBEN SIND NUR MIT EINER MAXIMALEN AUßEREN LÄNGE VON MAXIMAL 50% DER

TRAUFLÄNGE ZULÄSSIG. DER ABSTAND VOM ORTSGANG MUSS MINDESTENS 1,50 M BETRAGEN.

6.4 DAS ERSCHEINUNGSBILD (ÄUSSERE FASSADEN- UND GEBÄUDEGESTALTUNG, GEBÄUDEFORM UND MATERIAL)

DER ZUSAMMENGEHÖRENDE DOPPELHAUSER IST EINHEITLICH ZU GESTALTEN.

EINFRIEDRUNGEN AN ÖFFENTLICHEN VERKEHRSFLÄCHEN SIND BIS ZU EINER MAXIMALEN HÖHE VON

1,20 m ZULÄSSIG.

6.6 DAS AUFSTELLEN VON OBERIRDISCHEN LAGERBEHÄLTERN FÜR GAS ODER ÖL AUF DEN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN NICHT ZULÄSSIG.

7. SICHTRECKE (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDEN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN IM BEREICH DER SICHTRECKE

SIND VON JEDIGEN BAULICHEN ANLAGEN FREIZUHALTEN. BEPFLANZUNGEN UND EINFRIEDRUNGEN

VON MEHR ALS 5,70 m HÖHE SIND NICHT ZULÄSSIG.

8. VORKEHRUNGEN ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

8.1 DIE GRUNDSTÜCKE 1 SOWIE 32 BIS 38 BETREFFEND:

STRASSENVERKEHRSKLAR:

FÜR DIE DEN STÄNDIGEN AUFTENTHALT VON MENSCHEN DIENENDEN GEBÄUDE (WOHNGEBÄUDE) BZW.

GEBAUDETEILE ZWISCHEN DER 49dB(A) ISOPTONE UND DER 49dB(A) ISOPTONE (GEKENN-

ZEICHNET IM TEIL A PLANZEICHNUNG) SIND NACH § 9 ABS. 1 NR. 24 BEWAUNGSPLAN PASSIVE SCHALL-

SCHUTZMASSNAHMEN AN DEN AUSSENBAUTEILEN DER GEBÄUDE OBERHALB DES ERDGESCHOßES

ERFORDERLICH.

8.2 GEMEINBEDARFSFLÄCHE

STRASSENVERKEHRSKLAR:

FÜR DIE DEN STÄNDIGEN AUFTENTHALT VON MENSCHEN DIENENDEN GEBÄUDETEILE IM BEREICH DER

GEMEINBEDARFSFLÄCHE ZWISCHEN DER GRUNDSTÜCKSGRENZE UND DER 55dB(A) ISOPTONE (GE-

KENNZEICHNET IM TEIL A PLANZEICHNUNG) SIND NACH § 9 ABS. 1 NR. 24 BAU NVO PASSIVE SCHALL-

SCHUTZMASSNAHMEN AN DEN AUSSENBAUTEILEN DER GEBÄUDE ERFORDERLICH.

8.3 SCHALLDÄMMMASS

IN DEN BEREICHEN DER FESTSETZUNGEN 8.1 UND 8.2 IST FOLGENDES RESULTIERENDES SCHALL-

DÄMMMASS (R_{res}) FÜR DIE GENANNTE AUSSENBAUTEILE EINZUHALTEN:

RESULTIERENDE SCHALLDÄMMMASS (R_{res}) : 35 dB

DIE ANFORDERUNGEN GELTEN FÜR AUSSENBAUTEILE VON AUFTENTHALTSRÄUMEN, MIT AUSNAHME

VON KÜCHEN, BÄDERN UND HAUSWIRTSCHAFTSRÄUMEN, DIE GELTEN EBENFALLS FÜR DECKEN

VON AUFTENTHALTSRÄUMEN, DIE ZUGLEICH DEN OBEREN GEBÄUDEABSCHLUß BILDEN SOWIE FÜR

DÄCHER UND DACHSCHRÄGEN VON AUSGEBAUTEN DACHRÄUMEN. BEI DECKEN UNTER NICHT AUS-

GEBAUTEN DACHRÄUMEN UND BEI KIECHROBEN SIND DIE ANFORDERUNGEN DURCH DACH- UND

DECKE GEMEINSAM ZU ERFÜLLEN. DES WEITEREN SIND HIER DIE WERTE FÜR DIE SCHALLDÄMMUNG

VON FENSTERN UND DECKEN ZUSÄTZLICH (LÜFTUNGSMÖGLICHKEITEN) EINZUHALTEN.

9. GRÜNDORNDUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

9.1 BÄUME ZU PFLANZEN / ZU ERHALTEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 A U. B BauGB)

BAUMPFLANZUNGEN IN DEN HAUPTSCHLIESSTRAßEN UND IN DER FLÄCHE FÜR DEN

GEMEINBEDARF:

DIE IN DER PLANZEICHNUNG FESTGESETZTEN NEUEN EINZELBÄUME IN DEN HAUPTSCHLIES-

STRAßEN UND IN DER FLÄCHE FÜR DEN GEMEINBEDARF SIND ZU PFLANZEN. ES SIND

GROSSKRONIGE STANDORTGERECHTE HEIMISCHE LAUBBÄUME ZU VERWENDEN. PRO BAUM IST EINE

OFFENE VEGETATIONSLÄCHE VON MINDESTENS 8 M² VORZUSEHEN. SOWEIT GRUNDSTÜCKSFAHRTEN DIESER

FAHRTEN DIESER ERFORDERN, KANN DER STANDORT DES FESTGESETZTEN UND ANZUPFLANZEN-

DEN BAUMES UM BIS ZU 5,00 M PARALLEL VERSCHOBEN WERDEN. DIE ZU PFLANZENDEN BAUMARTEN

UND PFLANZQUALITÄTEN SIND DEM GRÜNDORNDUNGSPLAN ZU ENTNEHMEN.

9.2 BAUMPFLANZUNGEN IN UNTERGEORDNETEN ERSCHEIDUNGSSTRASSEN:

DIE IN DER PLANZEICHNUNG FESTGESETZTEN NEUEN EINZELBÄUME IN DEN UNTERGEORDNETEN

ERSCHEIDUNGSSTRASSEN SIND ZU PFLANZEN. ES SIND MITTELKRONIGE STANDORTGERECHTE

HEIMISCHE LAUBBÄUME ZU VERWENDEN. PRO BAUM IST EINE OFFENE VEGETATIONSFLÄCHE VON

MINDESTENS 8 M² VORZUSEHEN. SOWEIT GRUNDSTÜCKSFAHRTEN DIESER ERFORDERN, KANN

DER STANDORT DES FESTGESETZTEN UND ANZUPFLANZENDEN BAUMES UM BIS ZU 5,00 M PARALLEL

VERSCHOBEN WERDEN. DIE ZU PFLANZENDEN BAUMARTEN UND PFLANZQUALITÄTEN SIND DEM

GRÜNDORNDUNGSPLAN ZU ENTNEHMEN.

9.3 FLÄCHE FÜR DAS ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 A BauGB):

DIE ALS FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN GEKENNZEICHNETEN BEREICHEN

ALSO AUCH AUF DEN SCHALLSCHUTZWÄNDEN, SIND FLÄCHENDECKUNG ZU BEGRÜNNEN. ES SIND

NUR STANDORTGERECHTE HEIMISCHE LAUBHOLZ ZULÄSSIG. AUßERDEM SIND DIESE FLÄCHEN

VON JEDIGER BAULICHEN ANLAGE UND EXTENSIV VON SCHÜTTUNGEN UND RÄUMERISCHER

NUTZUNG FREIZUHALTEN. DIE ZULÄSSIGEN PFLANZARTEN UND -QUALITÄTEN SIND DEM GRÜNDORNDUNGS-

PLAN ZU ENTNEHMEN.